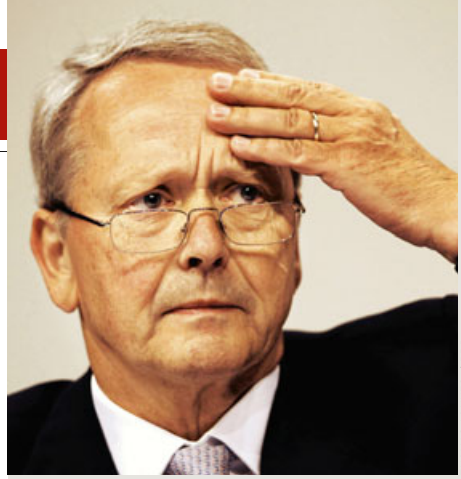
SOZIALPOLITIK

SPD-Linker lobt Hartz-Reformen

Karl Lauterbach, prominenter Vertreter des linken SPD-Flügels im Bundestag, wirbt bei seinen Genossen für eine positive Neubewertung der Arbeitsmarktpolitik der vergangenen Jahre. Die von einigen SPD-Vertretern und Gewerkschaften geäußerte Kritik an den Hartz-Reformen habe sich in weiten Teilen als unberechtigt herausgestellt, so Lauterbach: „Ohne Hartz hätten wir heute etwa eine Million Arbeitslose mehr.“ Vor allem sei es gelungen, einer großen Zahl von Geringqualifizierten zu einer Beschäftigung zu verhelfen. Gerade die SPD-Linke habe allen Grund, auf die Reformpolitik stolz zu sein, so Lauterbach.

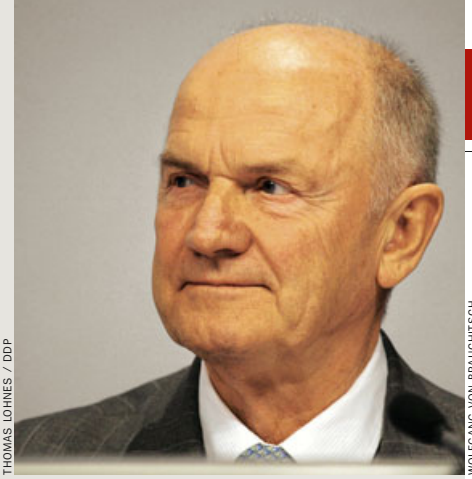
WERNER SCHÜRING

Lauterbach



THOMAS LOHNES / DDP

Porsche



WOLFGANG VON BRAUCHITSCH

Piëch

KONZERNE

Piëch bleibt

Ferdinand Piëch wird Aufsichtsratsvorsitzender beim VW-Konzern bleiben. Große Teile der Familien Porsche und Piëch wollen ihn zwar auf einem Treffen der sogenannten Konsortialversammlung auffordern, den Posten abzugeben, doch die rund 50 Mitglieder des Clans können ihn nicht dazu zwingen. Ihr Vorstoß wird deshalb folgenlos bleiben. Die Familien sind verärgert über Piëch, weil der auf der Sitzung des VW-Aufsichtsrats am 12. September den Wolfsburger Arbeitnehmervertretern mit seiner Stimmenthaltung zu einer Mehrheit verholfen hatte. Die übrigen Mitglieder des Clans einschließlich Wolfgang Porsche, der ebenfalls im VW-Aufsichtsrat sitzt, wurden davon überrascht. Auch die Porsche-Belegschaft ist verärgert. Sie habe kein Vertrauen mehr zu Piëch, soll Porsche-Betriebsratschef Uwe Hück Wolfgang Porsche mitgeteilt haben. Doch dies dürfte kaum Eindruck bei dem Kritisierten hinterlassen. Vertraute Piëchs berichten, dass dieser der Aufforderung zum Rückzug aus Wolfsburg nicht nachkommen werde. Abgelöst werden könnte er nur über eine außerordentliche Hauptversammlung von VW. Dort sind dann aber auch die Stimmen des zweiten Großaktionärs, des Landes Niedersachsen, nötig. Doch dessen Ministerpräsident Christian Wulff will Piëch im Amt halten.

SIEMENS

Wer darf prüfen?

Im Aufsichtsrat von Siemens steht am Mittwoch dieser Woche eine wichtige Weichenstellung an: Das Gremium wählt den Abschlussprüfer für das kommende Geschäftsjahr aus. Auf der vergangenen Hauptversammlung Ende Januar hatten die Aktionäre mit großer Mehrheit zugestimmt, den Kontrollauftrag im Wert von knapp 90 Millionen Euro neu auszuschreiben, nachdem der bisherige Siemens-Prüfer KPMG durch die Korruptionsaffäre erheblich unter Druck geraten war. Ob der Marktführer in Deutschland das Mandat dennoch wieder erhält, müssen nun die 20 Kontrolleure und vor allem der sechsköpfige Prüfungsausschuss entscheiden, die sich vergangene Woche noch nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen konnten. Ein Großteil der Arbeitnehmervertreter neigt offenbar dazu, weiterhin die KPMG zu beauftragen, da diese an der Aufklärung der Schmiergeldaffäre aktiv mitgearbeitet und einen Großteil ihrer früheren Mitarbeiter inzwischen ausgetauscht habe. Außerdem, warnen sie, würde ein Wechsel des Buchprüfers Kosten in zweistelliger Millionenhöhe und erhebliche Anlaufprobleme verursachen. Prominente Mitglieder der Kapitalseite plädieren dagegen dafür, dem KPMG-Wettbewerber Ernst & Young eine Chance zu geben. Nur so, argumentieren sie, sei ein kompletter Neubeginn möglich und auszuschließen, dass Aktionärsschützer auf der kommenden Hauptversammlung erneut heftige Kritik an der Zusammenarbeit mit KPMG üben.

BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT

Fettes Polster

Die Kasse der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit bleibt auch dann gut gefüllt, wenn sich die Konjunktur abschwächt. Das geht aus der mittelfristigen Finanzplanung von Behördenchef Frank-Jürgen Weise hervor. Demnach wird die Agentur ihr operatives Geschäft in diesem Jahr wegen der guten Arbeitsmarktlage mit einer schwarzen Null abschließen. Ursprünglich hatte Nürnberg ein Defizit von 2,5 Milliarden Euro erwartet. Für das kommende Jahr rechnet die Behörde zwar mit einem Minus von 3,2 Milliarden Euro, doch kann der Fehlbetrag durch den Überschuss von 6,6 Milliarden Euro aus dem Jahr 2007 mehr als ausgeglichen werden. Die Reserven der Nürnberger Behörde lägen im Jahr 2012 dann bei mehr als 16 Milliarden Euro. Lege die Wirtschaft statt der bislang erwarteten Wachstumsrate von einem Prozent nur um 0,5 Prozent zu, so das agentureigene Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, würde das Defizit um knapp eine Milliarde Euro höher ausfallen als bislang geschätzt. Bei der Agentur-Prognose ist ein Beitragssatz von drei Prozent unterstellt.

STEFAN KIEFER / VARIO IMAGES

Weise